

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Freitag, 3. April 1936

Nr. 80

Die Novelle des Genter Systems tritt am 1. Juni in Kraft

Am 31. März lief die Regierungsverordnung aus dem Jahre 1933 über das Genter System ab. In der neuen Verordnung gelang es, einige Änderungen herbeizuführen, welche von den Gewerkschaften seit einigen Jahren gefordert wurden und für welche sich auch das Konfessions-Zusammenarbeitende Ausschuss des Abgeordnetenhauses aussprach. Diese Änderungen bringen Vorteile nicht nur für die Gewerkschaften und ihre arbeitslosen Mitglieder, sondern auch Erleichterungen für die Administration.

Die Festsetzung einer sechsmonatlichen, eventuell dreimonatlichen Wartezeit, die nach Erschöpfung des Anspruches auf den Staatsbeitrag notwendig war, um den Anspruch neuerlich erheben zu können, hatte eine ungerechtfertigte Schädigung jener Arbeitslosen zur Folge, welche zeitweise beschäftigt waren. Diese Wartezeit wird nun beseitigt und es wird die Ungleichheit beseitigt, welche zwischen den Arbeitslosen bestand, die ihren Anspruch mit bzw. ohne Unterbrechung erschöpft haben. Diese neue Fassung bringt Vorteile auch insofern, als die Arbeitslosen nun auch kurzfristige Arbeiten annehmen können, ohne befürchten zu müssen, daß sie den Anspruch auf Unterstützung verlieren.

Die Verordnung aus dem Jahre 1933 hatte auch insofern Komplikationen zur Folge, als sieben verschiedene Unterstützungskassen des Staatsbeitrags festgesetzt waren. Dies führte zu einer beträchtlichen administrativen Belastung sowohl der staatlichen als auch der Gewerkschaften. Die Novelle erstellt eine Vereinfachung dadurch, daß sie den einseitigen und den einseitig-einfachen Satz beseitigt und an ihre Stelle den zweifachen Satz stellt.

Im Interesse der Staatskasse war es bisher nötig, daß öffentliche Bauarbeiter dem Fürsorgeministerium die von den Lohnempfängern unterzeichneten Lohnlisten vorlegten. Um die Möglichkeit auszuschließen, daß diese Listen als Gebührenpflichtig angesehen werden, wurde jetzt ihre Befreiung von Steuern und Gebühren ausdrücklich ausgesprochen. Die bisher geltenden Bestimmungen bleiben jedoch noch zwei Monate in Kraft, damit die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, sich administrativ auf die Durchführung der novellierten Regierungsverordnung über das Genter System vorzubereiten. Die Neuordnung tritt daher am 1. Juni d. J. in Kraft.

Kündigung des Lohntarifs im graphischen Gewerbe

Wie der „Gutenberg“, das Organ der Buchdrucker, mitteilt, hat der Verband der graphischen Gremien in Prag dem Verband der Buchdrucker den Lohntarif gekündigt und verlangt dessen Revision. Die Unternehmer fordern in ihrer Zuschrift, daß als bezahlte Feiertage nur noch zwei Tage im Jahre verbleiben, für die übrigen bisherigen Feiertage soll der Lohn nicht mehr gezahlt werden. Auch andere Bestimmungen des bisherigen Lohntarifes sollen zugunsten der Unternehmer revidiert werden. Nachdem das Vorgehen der Einzelpolitiker eine glatte Ignorierung der geltenden Vorschriften des Regierungserlasses darstellte, welcher zum Schluß der Kollektivverträge herabgegeben wurde, hat der Verband der Buchdrucker die Kündigung des Lohntarifes nicht zur Kenntnis genommen und die Unternehmerorganisation von diesem seinen Standpunkt in Kenntnis gesetzt.

Eckener in Ungnade?

London. (Neuer.) Der Berliner Berichterstatter des Reutersbüros teilt mit, daß der bekannte Fachmann in Luftfragen, Dr. Eckener, bei den Regierungskreisen in Ungnade gefallen ist, weil er es ablehnte, seinen neuen Zepplin „Hindenburg“ freiwillig in die Dienste der Wafflagation zu stellen und außerdem anordnete, daß aus dem Hangar, wo sich das Luftschiff befindet, die Wappplakate entfernt werden. Verschiedenen Gerüchten zufolge sprach sich Eckener auch recht scharf über die Regierungskreise aus. Es verlautet auch, daß Dr. Eckener, der sich derzeit an Bord des „Hindenburg“ befindet, nicht mehr auf seine Stelle zurückkehren dürfte.

Kühle Aufnahme der Hitler-Note England händigt den Bundesbrief in Paris aus

Die erste sichtbare Folge der Note Hitlers ist die endliche Uebergabe des englischen Dokuments an Frankreich, in dem die Verbindlichkeit des britischen Schutzes für Frankreich — angeblich mit einer kleinen Änderung gegenüber dem ersten Entwurf — anerkannt wird.

Die französische Presse stellt sich scharf ablehnend gegen Hitlers Vorschläge, insbesondere gegen sein System der zweiseitigen Pakte, das zur Isolierung der kleinen Staaten führen soll. In England bezeichnet man Hitlers Note vielfach als Diskussionsgrundlage, ist aber im allgemeinen auch sehr enttäuscht.

Zwischen Ribbentrop und Eden, ebenso innerhalb der Kabinette von London und Paris haben Verhandlungen stattgefunden, doch wurden keinerlei Beschlüsse bekanntgegeben. Eden soll Freitag im Unterhaus Stellung nehmen.

Der Vormarsch der Italiener Gondar besetzt

Rom. (Stefanie.) Heeresbericht Nr. 173 lautet: Die Mitte März begonnene Offensive im nordwestlichen Aethiopien schließt mit unserem vollen Erfolg. Eine Kolonne beweglicher Truppen unter dem Oberbefehl von Starace, die von Omager am 20. März abmarschiert ist, ist nach Ueberwindung aller möglichen Schwierigkeiten in einem Marsch von über 300 Kilometer, in Gondar einmarschiert. Eine andere Kolonne, die aus der dritten erwerblichen Brigade und aus bewaffneten Scharen bestand, hat in einem glänzenden Marsch Gondar besetzt, den einstigen Sitz des Deschas Maelu Berru, und hat dann unter Fortsetzung des Vormarsches Kasal Denghia erreicht.

Obwohl von abessinischer Seite auch jetzt wieder die italienischen Erfolge bestritten und eigene behauptet werden, läßt sich doch feststellen, daß der Krieg seit Beginn des Jahres einen fortlaufend ungünstigen Verlauf für Abessinien nimmt und daß der größere Teil seiner Provinzen heute so gut wie verloren sind.

Die Erfolge der Italiener sind darauf zurückzuführen, daß sie seit Jahresbeginn nicht nur ihre gewalttätige, sondern auch die zahlenmäßige Uebermacht erzielt haben. Sie führen diesen Kolonialkrieg, in dem es ja um einen Preis der Diktatur, um Sein oder Nichtsein des Reiches geht, mit einem Kräfte-Aufwand, wie ihn kein Land bisher für ein ähnliches Unternehmen jemals eingesetzt hat. Kürzlich wurde in dem Bericht an den Gro-

ßen Rat von der Regierung selbst zugegeben, daß der Aufwand in dem Krieg gegen das Reich Italien in neuem Maße schwerer Krisen stürzen, aus denen Mussolini auf neue einen kriegerischen Ausweg suchen wird. Das Blut, das am Takaze und auf dem Amba Madisti floß, wird nicht das letzte sein, das Mussolini zu Ehren vergossen wird und die europäischen Mächte werden es noch zu bereuen haben, daß sie im Vorjahr, als es möglich war, den Krieg nicht im Keime erstickt haben.

Der ungeheure Aufwand, der mit dem möglichen Gewinn in keinem Vergleich steht, wird Italien in neueren Krisen stürzen, aus denen Mussolini auf neue einen kriegerischen Ausweg suchen wird. Das Blut, das am Takaze und auf dem Amba Madisti floß, wird nicht das letzte sein, das Mussolini zu Ehren vergossen wird und die europäischen Mächte werden es noch zu bereuen haben, daß sie im Vorjahr, als es möglich war, den Krieg nicht im Keime erstickt haben.

Die Abessinier haben ihre Niederlagen vor allem einer verfehlten Strategie und einer mangelhaften Organisation zuzuschreiben. Sie hätten mit den Kräften haushalten und sie im Kleinkrieg einsetzen können. Schlachten zu wagen, wie es nunmehr auch der Regus, anscheinend um des Ehrentitel willen, getan hat, ist Selbstmord gegenüber einem Feind, der an Zahl und Waffen so überlegen ist wie die Italiener den Amhara.

Zum Schluß der Note stellt die abessinische Regierung folgende Forderungen: 1. Gewährung einer finanziellen Hilfe, damit Abessinien Italien besser Widerstand leisten könne, 2. daß alle Hindernisse beseitigt werden, welche dem Transport von Waffen für die abessinische Armee im Wege stehen, 3. daß die Sanktionen nach Art. 16 des Völkerbundespaktes verstärkt, 4. daß die italienische Regierung durch beschleunigtes Einschreiten dazu gezwungen werde, die Kriegsgesetze und internationalen Abkommen zu respektieren und daß der Vernichtung der abessinischen Bevölkerung Einhalt geboten werde.

Die Note der abessinischen Regierung tief in Genf einen tiefen Eindruck hervor.

Die Japaner zurückgeschlagen

Moskau. (Zah.) Aus Ulan Bator wird gemeldet: Die im Laufe des ganzen 31. März und eines Teiles der Nacht auf den 1. April andauernden Zusammenstöße zwischen japanisch-mandschurischen und mongolischen Truppen im Gebiet zwischen dem Grenzposten Abdolon und Tamschulal endeten erst gegen Morgen des 1. April. Den mongolischen Truppen, welche die wiederholten Versuche der japanisch-mandschurischen Truppen, Tamschulal zu besetzen, vereitelten, gelang es am 1. April früh, die japanisch-mandschurischen Abteilungen gegen die Grenze zurückzudrängen und die hierauf vom Territorium der mongolischen Volksrepublik zu vertreiben, wobei ihnen schwere Verluste zugefügt wurden. Der mongolische Grenzposten Abdolon wurde wieder von mongolischen Truppen besetzt.

Beginnende Klärung in England

Der Beschluß der englischen Regierung, die Generalstabsbesprechungen mit Frankreich und Belgien unabhängig von den weiteren Verhandlungen mit der Hitler-Regierung stattfinden zu lassen, beweist, daß die Hitler-Freunde im Londoner Kabinett auf dem Rückzuge sind. Eden beginnt sich durchzusetzen, und wenn man seine Taktik auch außerhalb Englands als allzu zögernd und unentschieden kritisiert hat, so muß man doch fragen, ob sie angesichts der Differenzen in der englischen Regierung und der französisch-belgischen Stimmung in der britischen Öffentlichkeit nicht die einzig mögliche war. Man darf bei der Beurteilung der englischen Außenpolitik auch nicht vergessen, daß England heute das einzige europäische Land ohne Wehrpflicht ist und daß deshalb die militärische Unterstützung der bedrohten Staaten durch England im Ernstfalle nur dann voll wirksam werden könnte, wenn — wie es 1914 nach dem Ueberfall auf Belgien geschah — die Stimmung der britischen Öffentlichkeit für ein Eingreifen in den bewaffneten Konflikt wäre. Wenn sich Baldwin vor allem deshalb für möglichst weitgehende Verhandlungen mit Hitler eingesetzt hat, weil er Zeit für die englische Aufrüstung gewinnen will, so hat Eden die Verhandlungen nicht abbrechen lassen, weil er dem eigenen Volke beweisen will, daß alles geschieht, was zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts führen kann, wenn Hitler ihn wirklich beilegen will. Je mehr sich erweist, daß er es nicht will, desto mehr wird sich auch die englische Volksstimmung auf die Seite der Gegner Hitlers stellen.

Hat schon die Haltung Ribbentrops bei den Londoner Verhandlungen viel zur Enttäuschung jener englischen Kreise beigetragen, welche die Rheinlandbesetzung wirklich nur für eine belanglose „Geste“ Hitlers hielten, so werden die neuen „Vorschläge“ Hitlers, die deutlich die Absicht zum Ausbruch bringen, in Rheinland Besetzungen anzulegen und über die Angriffsbefehle des Dritten Reiches in Mittel- und Osteuropa zweideutig zu schweigen, zweifellos noch mehr Klarheit über die wahren Ziele der Hitlerschen Politik schaffen. Das schließt nicht aus, daß die englische Regierung nicht auch über diese „Vorschläge“ diskutieren wird. Aber die englische Öffentlichkeit wird dabei von ihr nicht mehr soviel Entgegenkommen verlangen wie beim erstenmal.

Die fortschreitende Klärung der englischen öffentlichen Meinung kommt in den Kundgebungen und Diskussionen deutlich zum Ausdruck. Die in den Tagen nach der „Wahl“ im Dritten Reich in der englischen Presse erschienen sind. Zunächst erfolgte am Montag im „Daily Herald“ eine ausführliche Stellungnahme des Führers des Labour-Partys, Major Attlee, zur internationalen Krise. Darin weist Attlee zwar auf die Schuld der englischen Regierung an der Schwächung des Völkerbundes und die Schuld Frankreichs an der Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrags hin, kommt aber zu dem Schluß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung daraus nicht das Recht ableiten dürfe, den bestehenden Zustand einseitig und gewaltsam zu ändern. Dann umreißt Attlee die Stellung der Labour-Partys zum Problem der internationalen Rohstoffverteilung und erklärt, daß Hitlers Anspruch auf Kolonien nichts zur Lösung dieses Problems beitrage. Denn mit einem Bestreben überfremdeter Territorien würde nur ein neuer imperialistischer Handel begünstigt, der erneute Kriegsgefahren brächte. Zum Schluß spricht der Führer der Labour-Partys von der Wahrung und legt dar, daß sie kollektiv erfolgreich mühte, daß aber alle im Völkerbund vereinigten Staaten so stark bleiben müßten, daß sie gemeinsam jeden Angreifer abwehren könnten. Attlee stimmt also der Beurteilung Hitlers wegen der Zerschlagung des Locarno-Paktes zu, verweist seinen Anspruch auf Kolonien und verlangt eine kollektive Sicherung gegen Angreifer, die weit über den Rahmen der französisch-belgisch-englischen Generalstabsbesprechungen hinausgeht.

Der Entschluß der englischen Regierung, diese Generalstabsbesprechungen einzuleiten, hat in der englischen Öffentlichkeit ein sehr lebhaftes Echo gefunden, weil er klar erkennen ließ, wie

eine im Grunde die Regierung die Situation be-
teilt. Der alte Lloyd George, der Führer
der englischen Politik im Weltkrieg, hat beträch-
liches Aufsehen mit der Erklärung erregt, daß mit
diesen Generalstabsbesprechungen dieselbe Situa-
tion wie 1914 herbeigeführt werde, wo man den
Krieg hätte vermeiden können. Aber vor der schär-
fen Antwort, die ihm der Kriegsminister Duff
Cooper daraufhin erteilt, ist Lloyd George
zurückgewichen und hat in einem Brief an die
„Times“ erklärt, daß er nicht den Generalstabs-
besprechungen von 1914 die Schuld gebe, sondern
nur der Hast, mit der damals — im Gegensatz
zu heute — die Beschlüsse gefaßt wurden. Die
auffechterregendste Antwort auf die Vorwürfe
Lloyd Georges hat aber der berühmte englische
Vazifist, der Friedensnobelpreis-
träger Norman Angel in den „Times“
erteilt: er hat erklärt, daß im Jahre 1914 der
Krieg hätte vermieden werden können, wenn man
den Mittelmächten rechtzeitig klar gemacht hätte,
daß sie die ganze Welt gegen sich haben würden.
Wenn man daselbe diesmal Hitler klar mache,
bevor es zu spät sei, dann sei das die wirksamste
Friedensmaßnahme, die es gebe, und deshalb

müsse man als Vazifist die Generalstabsbespre-
chungen billigen.
Allerdings darf nicht vergessen werden, daß
die Wendung der englischen Öffentlichkeit gegen
Hitler keineswegs eine mildere Beurteilung
Mussolinis bedeutet. Die englische Öffent-
lichkeit sieht die Gefahr am Nil genau so ernst
wie die französische Öffentlichkeit die Gefahr am
Rhein betrachtet, und sie wird sich nicht damit ab-
finden, daß der italienische Angriff auf Abessinien
verzogen wird, weil Hitler inzwischen an
einer anderen Front aufmarschiert. Die Antwort,
die Eden kürzlich im Unterhaus auf die Anfrage
des Labour-Abgeordneten Hugh Dalton über den
abessinischen Krieg gab, ließ erkennen, daß der
englische Außenminister die Pflicht, den Krieg in
Abessinien zu beenden, nach wie vor anerkennt.
Und man spricht in England davon, daß Eden auf
einen Wahlsieg der französischen
Linken beiden bevorstehenden
Ramerwahlhofft, weil er glaubt,
mit einer französischen Linkenregierung ein Ein-
vernehmen über ein gemeinsames Vorgehen gegen
beide Friedensbrecher zu erzielen, die Europa
in die gegenwärtige Krise gestürzt haben.

Spezialdebatte über die Staatsverteidigung

Entscheidung über die Änderungen erst im verfassungsrechtlichen Ausschuss

Frsg. Der Wehrausschuss des Abgeordneten-
hauses beendete am Donnerstag die General-
debatte über die Staatsverteidigung. Am Nach-
mittag traten die Koalitionsparteien zusammen,
um die Richtlinien für die weitere Behandlung
der Vorlage festzulegen. U. a. wurde auch die
Frage erörtert, ob nicht doch die Vorlage vor
Eintritt in die Spezialdebatte an den ver-
fassungsgewärtigen Ausschuss
abgetreten werden soll, da es sich bei den auf-
getauchten Abänderungsanträgen weniger um
militärische als um heikle juristische
Frage handelt. Man kam jedoch davon ab
und beschloß, um die Verhandlungen nicht unnützlich
in die Länge zu ziehen, im Wehrausschuss so-
fort in die Spezialdebatte einzugehen, die nach
Möglichkeit schon Freitag abgeschlossen werden
soll.

Die Abstimmung würde jedoch nur die
nicht kritischen Teile der Vorlage be-
treffen, während jene Parteien, deren Ab-
änderung von der einen oder anderen Koali-
tionspartei gewünscht wird, offen gelas-
sen und dem verfassungsrechtlichen Ausschuss
zur Vereinigung überlassen werden sollen, der
in der Woche nach Ostern tagen soll.

Hier würde dann erst die eigentliche Ent-
scheidung über die geplanten Änderungen fallen,
die noch in der Woche vor Ostern von den Koali-
tionsparteien des verfassungsrechtlichen Aus-
schusses vorbereitet werden soll.

Abänderungsbedarfig erscheinen vor
allem die schon im Frieden durchzuführenden
Ausnahmebestimmungen über die für die Ver-
teidigung des Staates wichtigen, registrierten
Betriebe, namentlich was die staatliche
Verlässlichkeit der Inhaber und An-
gestellten solcher Betriebe betrifft, über die nach
dem Entwurf der Bezirkshauptmann entschei-
det. Hier gehen die Bestrebungen dahin, hin-
reichende Garantien zu schaffen,
daß diese schwerwiegende Entscheidung über
die Verlässlichkeit des Staatsbürgers nur von
rein sachlichen Gesichtspunkten geleitet sei

und jedweder Mißbrauch dieser Paragrafen
zur Schikanierung gewisser Bevölkerungs-
gruppen ausgeschlossen werde.

Um 5 Uhr nachmittags ging dann das Aus-
schußplenum in die Spezialdebatte ein,
die am Freitagvormittag fortgeführt werden
soll.

Zu der Generaldebatte sprach noch Richter für
die Nationalsozialisten, der betonte, daß man nach
Bedarf in der Verteidigung des Staates sehr weit,
aber wieder nicht weiter gehen dürfe, als nötig ist.
Schloßel (Naz.) befahte sich mit den Vorschlägen
im Grenzgebiet und sprach die Erwartung aus,
daß es genug Deutsche gibt, die den gemeinsamen Staat
gemeinsam verteidigen werden, ja daß sie sich besser
zur Wehr setzen werden als gewisse schlechte Arbeit-
sloswaten. Er bezeichnet es als einen großen
Schmerz, wenn man bei der Durchführung des Ge-
setzes ungerecht vorgehen sollte. Das würde auch
noch Feinde im Innern wecken; die Arbeit-
sloswaten habe aber schon genug Feinde jenseits der Gren-
zen. Schloßel gab an, daß noch vor vier Jahren
das Parlament kaum eine ähnliche Vorlage ange-
nommen hätte, seitdem hat sich die Lage geändert
und die Vorlage findet allseitige Zustimmung. Bando
(Agr.) hielt den Kommunisten vor, daß sie eigen-
lich Hitler herbeigeführt hätten. Wären sie in
Deutschland vermittels mit den anderen Parteien
gegangen, gäbe es heute keinen Hitler und die
Situation wäre nicht so, daß sie uns diese Vorlage
direkt aufzwingt.

Bauerka (fisch. Soz.-Dem.) verlangt, daß der
Ausschuss zum gründlichen Studium der Vorlage
hinreichend Zeit gelassen werde; je sorgfältiger
die Vorlage durchgearbeitet werde, mit desto größerer
Ueberzeugung werde man sich dann hinter sie stellen
können. Wintermüller (Volksp.) redet der EbdP. gut
zu, sich auch positiv zur Staatsverteidigung einzu-
stellen, und verweist auf 1866, wo Sachsen,
Deutschösterreich und Sachsen einträchtig „sagen
die Breuken“ gekämpft hätten.

Der Referent David erinnerte im Schluß-
worte die Kommunisten daran, daß bei den
vorjährigen Randern der russische General
Schaposhnikow ganz anders über die Verwei-
dung unseres Staates gesprochen habe, als jetzt

die Kommunisten im Ausschuss. An die Adresse
der EbdP. sagte David: Wir wünschen sehr, daß
zwischen uns Ruhe und Frieden herrsche, aber wir
sollen wir an euren guten Willen glauben, wenn
im Grenzgebiet die Parole ausgegeben wird:
„Es kommt der Tag!“ und wenn die Leute
sich schon gegenseitig zu grüßen. Wir wissen, was
das bedeuten soll, und wir antworten euch: Die-
ser Tag wird niemals kommen. Durch solche
Parolen wird unser gegenseitiges
Verhältnis nicht gebessert werden, auch
nicht dadurch, daß man die Republik als Aus-
geburts aller Schändlichkeit hinstellt!

Rechtssicherheit für den Steuerzahler

Die Richtlinien der Koalition für die Steuernovelle

Das Steuerkomitee der Koalition veröffent-
licht über seine letzten Beratungen ein Kommu-
niqué, aus dem hervorgeht, daß das Komitee
alle Anträge der Koalitionsparteien zur Steuer-
novelle durchberaten und sich auf ein einheitliches
Vorgehen geeinigt hat. Diese Anträge bezwecken
einerseits die Vereinfachung des Steuer-
systems, andererseits Rechtssicherheit und
Rechtssicherheit für den Steuerzahler
unter besonderer Berücksichtigung der Staats-
interessen.

Für Freitag ist eine gemeinsame Aussprache
mit den Vertretern des Finanzministeriums vor-
gesehen, in der die Koalitionsträger einzeln
durchberaten werden sollen. Die Beratungen sol-
len auch in der nächsten Woche fortgesetzt und
nach Ostern beendet werden, damit nach den
Feiertagen das parlamentarische
Subkomitee und gegen Ende April der Ausschuss
selbst die Vorlage genehmigen können. Für die
Verhandlung der Steuernovelle im Plenum ist
die Woche vom 3. bis 9. Mai vorgesehen.

Das Kommuniqué betont weiter, daß von
Mißbilligkeiten zwischen dem Finanzministerium
und den Koalitionsparteien nicht die Rede sein
kann, da beide Teile in erster Linie das Staats-
interesse berücksichtigen müssen, das heute katego-
risch verlangt, dem Staat in finanzieller Hinsicht
rechtzeitig alles zu geben, was er zur Erfüllung
seiner Aufgaben benötigt. Dabei müsse man aller-
dings auch auf die Rechtssicherheit der Steuer-
zahler Rücksicht nehmen, und das Koalition-
komitee sei deshalb gerade mit Rücksicht auf die
heutigen schweren Zeiten darüber einig, daß dem
Steuerzahler durch diese Novelle ungesäumt eine
Vereinfachung und Rechtssicherheit geboten wer-
den muß.

Lebensmittel-Aktion verlängert

Frsg. Der Ministerrat hielt Donnerstag, den
2. April, nachmittag, eine Sitzung ab, in welcher
der Minister für auswärtige Angelegenheiten einen
Bericht über die weitere Entwicklung der interna-
tionalen Situation, insbesondere über den Stand der
Verhandlungen zwischen den Signatarstaaten der
Locarno-Abkommen und Deutschland, sowie über
die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in
Österreich erstattete. Der Bericht wurde nach einer
eingehenden Debatte zur Kenntnis genommen und
die Richtlinien für das weitere Vorgehen festgesetzt.

Auf dem Gebiete der Verordnungsgemaltes der
Regierung wurden folgende Entwürfe genehmigt:
Eine Verordnung, durch welche das Gesetz über die
Verbrauchssteuern von Essigsäure durchgeführt wird,
eine Verordnung, durch welche Dienstinstruktionen
für die Finanzprokuratur erlassen werden und eine

Verordnung betreffend die Exekution gegen Gemein-
den und gegen Anstalten, die für öffentlich und ge-
meinnützig erklärt wurden. Genehmigt wurde die
Kundmachung der Regierung über die weitere zeit-
weise Herabsetzung der Beiträge für den Milchaus-
gleichsfonds für das Land Böhmen.
Auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge wur-
den genehmigt die Maßnahmen genehmigt, durch
welche die Fortsetzung der Verpflegung,
Milch- und Brotaktion für Arbeits-
lose in einem weiteren Zeitabschnitt ermöglicht wer-
den wird. Auch für die Sicherung der Auszahlung
der Bergarbeiterprovisionen im
April 1936 wurden Maßnahmen getroffen.

Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht des
Ministerkomitees über die Regierungsverordnung
betreffend die vorübergehende Regelung des Staats-
beitrages zur Arbeitslosenunterstützung und betref-
fend Durchführungsbestimmungen zu dieser Verord-
nung, sowie weiters betreffend die Durchführungs-
verordnung zu dem neuen Gesetz über die Bauver-
gütung. Mit Bezug auf die Regierungsverordnung über
den gerichtlichen landwirtschaftlichen Ausgleich und
über zeitweise Maßnahmen im Exekutions- und Kon-
kursverfahren gegen Arbeitslose, welche Entwürfe
von der Regierung genehmigt wurden, wurde fest-
gestellt, daß die Regierung die Regelung der Schul-
den und des Kredites allgemein durchführen wird.

Leistung einer Gewerkschaft

Wie schwer die Glas- und Keramikindustrie
von der Wirtschaftskrise betroffen ist, zeigt die
gewaltige Summe, die der Verband der Glas-
und Keramarbeiter für die Unterstützung der
Arbeitslosen bisher aufgebracht hat. Seit 1930
hat der Verband aus eigenen Mitteln 22 Millio-
nen 211.270.40 Kc für die Arbeitslosenunter-
stützung geleistet. Dazu kommt ein Staatsbeitrag
in der Gesamtsumme von Kc 71.307.000.30,
das macht zusammen Kc 93.579.170.70. Nach
den gesetzlichen Bestimmungen beträgt die Quote
für den Fonds zur Unterstützung Arbeitsloser
25 Prozent der von der Fachorganisation einge-
hobenen Mitgliederbeiträge. Der Verband der
Glas- und Keramarbeiter aber hat zu diesen
25 Prozent noch mehr als 12 Millionen Kc bei-
getragen. Schon im Jahre 1931 ergab die Jah-
resbilanz infolge der großen Arbeitslosigkeit in
der Glas- und Keramikindustrie bedeutend mehr
Ausgaben als Einnahmen und es mußten die für
den Kampf geschaffenen Reserven mit herangezogen
werden. Ende Juni 1933 standen 10.881
Mitglieder, das sind 71.4 Prozent der gesamten
Mitgliedschaft im Genus der Arbeitslosenunter-
stützung. Deswegen sah sich der Verbandsvorstand
im September 1933 genötigt, die Beiträge zu
erhöhen, um die Auszahlung der Arbeitslosen-
unterstützung sicherzustellen. Gewiß wurden ins-
besondere im Hinblick auf das geringe Einkom-
men die Mitglieder schwer belastet, aber es war
nur so die Möglichkeit gegeben, den arbeitslosen
Mitgliedern die regelmäßige Unterstützung zu
sichern. Es hat Zeiten gegeben, wo mehr als Drei-
viertel der Mitglieder arbeitslos waren und den-
noch hat der Verband alle diese Krisenjahre durch-
gehalten — eine Leistung, wie wir hinzufügen
wollen, die innerhalb der gesamten Öffentlichkeit
weit über den Kreis der Glasarbeiter hinaus
Anerkennung finden wird.

Wien (Tsch. P.-B.) Donnerstag wurde im
Bundeskanzleramt der neue tschechoslowakisch-öster-
reichische Handelsvertrag unterzeichnet.

Rom. (AP) Obwohl gegenwärtig in Italien
1,3 Millionen Mann unter den Waffen stehen, be-
trägt die Zahl der Arbeitslosen 900.000.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg

Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

„Dann ist es ja gut. Aber ich sage Ihnen
noch einmal, lassen Sie das Mädchen nicht allein.“
„Das möchte ich auch gar nicht. Die Kerze
sind aber ausgeht. Ich habe die besten Ur-
teile über Sie gehört.“
„Sie verstehen mich nicht. Ich habe ein
großes Faible für die Kleide. Ich weiß, daß Sie
Sie lieb. Wenn Sie durchaus reifen müssen,
nehmen Sie wenigstens Herrn Wardrier mit sich.
Direkt als Ihre Begleitung. Geben Sie ihn
leinen anderen Posten, auf dem Sie ihn nicht be-
obachten können.“
„Ach danke Ihnen sehr, Fürstin. Sie, War-
drier und Sima, wir werden zusammen reisen.
Ist das so recht?“
„Ich denke ja!“
„Sie sind sehr liebenswürdig. Aber wenn
Sie meine Bedrückte sein wollen, warum reden
Sie nicht weiter?“
„Weil ich nichts weiß, und weil ich Sie für
den Mann halte, mit den Dingen allein fertig zu
werden.“

Das Flugzeug nach Warschau, das Makro-
pulos für Schumann und seine drei Begleiter ge-
schickt hatte, befand sich über dem polnisch-
schlesischen Industriegebiet. Sima sah vorn neben
dem Piloten. Es war ein ziemlich großer Appa-
rat, denn im Gepäckraum befand sich eine An-
zahl plomberter Kisten, die Schumann persönlich
transportieren wollte.
Von unten qualmte der Rauch der Städte,
die zeitweilig ganz von ihm eingehüllt waren.
Hier und da sprühte die Blut der Hochöfen auf,

Die Fürstin las Zeitungen und sah auch nicht
auf, als Schumann und Wardrier sich erhoben,
um in den kleinen hinteren Raum zu gehen, der
sich zwischen der Kabine und dem Gepäck-Abteil
befand.

„Wardrier, ich möchte Ihnen gern einmal
eine Probe der Schloffer zeigen“, hatte Schu-
mann gesagt, nachdem sie über die Frage, ob die
mitgeführten englischen Raschmengenwehrschröffer
oder die in Würtemberg hergestellten besser
seien, gestritten hatten.

Als Wardrier die Tür zum Gepäckraum
öffnen wollte, hörte er hinter sich eine sehr ruhige
Stimme:

„Einen Augenblick noch, Herr Wardrier.“
Wardrier drehte sich um und erblickte Schu-
mann stand, einen Revolver in der Hand, vor
ihm:

„Würden Sie mir freundlichst sagen, wer
den Ueberfall auf dem Semmering ausgeführt
hat?“

Wardrier war flug genug, gar nicht erst zu
leugnen. Er machte eine leichte Verbeugung:

„Ich habe mir erlaubt, einer Spionin einen
Denkzettel zu geben.“

„Woher wußten Sie denn, daß Fräulein
Kazario eine Spionin ist?“

„Das habe ich aus dem Kerl, der da vorn
sitzt, herausgeholt.“

„So schwachhaft ist der! Und daraufhin
üben Sie, ohne mich vorher zu fragen, Justiz?“

„Sie waren nicht da, als ich es erfuhr. Herr
Schumann. Im übrigen hätte ich mich gehütet,
eigenmächtig zu handeln.“

„Sie haben sich beauftragen lassen?“

„Ich habe korrekt gehandelt. Sie sollten froh
sein, daß die Sache so erledigt ist.“

„Was heißt das: erledigt ist?“

„Weil die Dame kaum ankommen dürfte.
Der Hieb war sehr gut gezielt. Ich habe das in
Afrika gelernt.“
Schumann mußte die letzte Nervenkraft auf-

bieten, um nicht sofort blind sechsmal hinterein-
ander loszufeuern. Er fragte durch die Zähne
hindurch:

„Also wer hat Sie beauftragt?“

„Das sage ich nicht!“

„Hören Sie, Herr Wardrier, Sie sind
Menschenkenner genug, um zu wissen, daß ich hier
mit dem Revolver nicht aus Scherz vor Ihnen
stehe. Bei dem Lärm des Flugzeugs wird die
Fürstin Satorescu nichts hören. Ich schwöre
Ihnen, daß ich sechsmal auf Sie schieße, und
zwar ohne daß Sie einen tödlichen Schuß erhal-
ten, wenn Sie nicht sofort sprechen! Also?“

Wardrier zuckte mit den Achseln:

„Keine Notwendigkeit. Ich erzählte Simas Mit-
teilungen Makropulos. Er ordnete an: beiseite
schaffen, ohne den Herrn Schumann weiter damit
zu beunruhigen. Wissen Sie nun genug?“

Das Flugzeug stürzte in ein Luftloch und
fiel sich wieder.

Wardrier war gegen Schumann getaumelt.
Der stieß ihn zurück. Durch das Fenster der Ein-
gangstür — der schmale Raum war der Vorplatz
zur Kabine und zum Gepäckraum zugleich — kam
plötzlich volles Licht und alles war in Sonne ge-
badet. Wardriers Gesicht erschien mehrwehig ge-
pudert. Am Haaranfang der Stirn hatte er rote
Flecken vor Aufregung. Der Stolz Schumanns
hatte ihn wilder gemacht als alles Vorgegangene.
Aber der Mittelmeister, von einem ganz
klaren Haß erfüllt, zielte mit der Waffe genau
auf den Unterleib Wardriers:

„Ich bin hier Ihr Vorgesetzter. Geben Sie
mir Ihre Papiere.“

„Also Degradation?“

„Wie Sie es nehmen. Bitte den Fuß, die
Dreifachse, Ihre Uhr!“

Wardrier lachte höhnisch:

„Sie wollen mich wohl in Warschau bei der
Polizei abliefern?“

Schumann nahm die ihm hingereichten
Sachen:

„Nein, durchaus nicht. Sie können jetzt
gehen!“

Wardrier machte einen Schritt zur Kabi-
nentür hin. Aber Schumann schenkte ihn zurück:

„Nein, nicht da entlang. Hier bitte!“

Und er kniete mit einem Ruck die Ein-
gangstür auf. Tief unten zogen, in grünen und
gelben, unregelmäßigen Karrees, jetzt die Felder
vorbei. Der Wind kam stürmisch herein und ließ
Haare und Kleider flattern. Ein Fluß silberte
quer wie ein Damm dahin. Der Fußboden stand
plötzlich schräg. Der Pilot stieg in eine höhere
Luftschicht.

„Sie sollen da hinaus!“ brüllte Schumann
mit einem Ruck. Wardrier hörte es gar nicht,
weil das hereindringende Brausen des Propellers
alles verschlang. Er sah nur des Mittelmeisters
schaurig aufgerissenen Mund.

In diesem Augenblick tat Wardrier etwas,
was Schumann verbunderte. Er nahm den
Kampf nicht auf. Er deutete nur spöttisch auf die
Waffe, als wollte er sagen: „Wie unfair“,
Inspise das Jodett zu und lächelte:

„Sie Narr, Sie! Wegen einer Frau!“

„Kein“, gab Schumann zurück, „wegen
zweier Frauen. Erinnern Sie sich an meine
Tochter? Und nun springen Sie zum Teufel!“

Wardrier neigte den Kopf. Er wußte, daß
er entgültig verspielt hatte. Vor sich sah er noch
einmal das entsetzte Gesicht Gabriels. In rasen-
der Gedankenflucht wirbelte vorbei, was er er-
fahren hatte, das Marschlied des Bataillons
d'Afrique sang auf, es sang beläufig, es war
gut, daß es ihm fast das Trommelfell sprengte.
Die Ader an der Schläfe schwell wieder. Er fuhr
sich über das Haar, wollte noch etwas sagen, aber
seine Sinne verwirrten sich und überzeugt, daß
aus dem runden Revolverloch da der Tod ihn
sofort anspringen würde, warf er sich nach
hinten über.

(Fortsetzung folgt.)

Die braune Feme wütet Ein zweiter Mord in Oesterreich

Graz, (Tsch. P.-B.) Mittwoch wurde an der Peripherie der Stadt Graz unweit des Ausflugsortes „Zum Schwarzen Hund“ ein neuer Mord verübt. Der arbeitslose Hilfsarbeiter Leopold Kralik wurde auf seiner Heimfahrt am Fahrrad von zwei Burschen überfallen, mit einem Schraubenschlüssel niedergeschlagen und durch einige Revolverkugeln am Kopf schwer verletzt. Die Täter flüchteten in einem bereitgestellten Auto. Leopold Kralik wurde ins Spital eingeliefert, wo er Donnerstag mittags, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, starb. Die Polizei konnte den Lecker des Autos in der Person des Nationalsozialisten Wilhelm Zobjich, eines Tischlermeisterlehrlings in Graz, ansprechen und verhaften. Im Zusammenhang mit dem neuen Mordanschlag wurden auch mehrere andere Personen in Graz verhaftet.

Der polnische Protest-Streik

Warschau, (Tsch. P.-B.) In ganz Polen wurde Donnerstag in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr der von den politischen Arbeiterorganisationen mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an der Spitze proklamierte Demonstrationstreik zum Zeichen des Protestes gegen die blutige Unterdrückung der letzten Arbeiterdemonstrationen in Krakau und Czestochau sowie gegen die anhaltenden Lohnherabsetzungen in der Industrie durchgeführt. Gemäß einer Weisung der Streikleitung enthielten sich die Streikenden jeglicher Straßendemonstrationen und verblieben während der Dauer des Streikes in den Arbeitsstätten.

Größeren Umfang nahmen die Demonstrationen in der Provinz und insbesondere in Krakau, Lodz und vor allem auf dem ganzen Gebiete von Polnisch-Oberschlesien sowie in dem Dombrowner Industriegebiet an. Auch in ganz Oberschlesien war die Streikbeteiligung der Arbeiterschaft fast 100prozentig. An dem Demonstrationstreik der Arbeiterschaft haben sich ferner in zahlreichen Ortschaften auch die geistigen Arbeiter, darunter z. B. in Warschau, die Beamten in den Privatbanken und in verschiedenen Handels- und Industrieunternehmen beteiligt. Der Streik ist überall in vollkommener Ruhe verlaufen.

Unruhen auf dem spanischen Lande

Madrid, (Tsch. P.-B.) Die innerpolitische Lage in Spanien ist angesichts der am 12. April stattfindenden Gemeindevahlen außerordentlich gespannt. In Bandalatosa bei Sevilla verhafteten Landarbeiter mehrere Polizeibeamte zu entwaffnen. Dabei kam es zu einer Schießerei, die vier Todesopfer und vier Verletzte forderte. In Cosmela bei Malaga wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Gutbesitzern und Landarbeitern zwei Personen getötet.

Die Sozialdemokratie Islands befehl nun 20 Jahre. Selbstverständlich reichen die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung auch auf diesen fernen Insel viel weiter zurück. Schon 1897 entstand dort die Organisation der Wandarbeiter, Vereine, Gewerkschaften, auch ein Blatt entstanden in den folgenden Jahren, vergingen aber zum Teil wieder. Erst die Einführung der Dampfschifferei schuf die Voraussetzung für die Gewinnung der Arbeiterschaft, da erst hierdurch ein Proletariat im eigentlichen Sinne entstand. 1916 kam es zur Parteigründung, im gleichen Jahre konnte sie das erste Mandat im Althing bei Jón Baldvinsson gewinnen, der heute der Regierung angehört. In der Hauptstadt Reykjavik hat sie das alte Stadttheater erworben, das ihr Versammlungshaus ist. Außerdem besitzt sie ein vierstöckiges neues Haus, in dem die zentralen Einrichtungen und das Parteiblatt untergebracht sind.

Arbeitslosigkeit und Altersschichtung

Ein Vortrag Prof. Schoenbaums

Am Sozialen Institut sprach Donnerstag Prof. Dr. Schoenbaum über die Arbeitslosigkeit der Jungen und der Alten.

Eingangs machte der Vortragende auf den Mangel an verlässlichen statistischen Daten über die Arbeitslosigkeit aufmerksam. Noch bedenklicher ist aber der Mangel einer statistischen Hebersicht über die Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen, nach ihren Ursachen, ihrer Dauer usw. Bei der Beurteilung wichtiger Probleme sind wir daher darauf angewiesen, fremde statistische Daten als Unterlage heranzuziehen. Aus einem reichen Material wies Prof. Schoenbaum nach, daß auch bei uns als Folge einer langdauernden Arbeitslosigkeit der Jugend und einer beschränkten Aufnahme von Lehrlingen und Jungarbeitern Mangel an gelerntem und qualifiziertem Nachwuchs droht. So daß in einigen Industriezweigen bei Rückkehr normaler Verhältnisse keine Möglichkeit besteht wird, den Abgang an älteren qualifizierten Arbeitern durch den Nachwuchs zu ersetzen. Diese Erscheinung äußerte sich schon anlässlich der Rüstungskonjunktur in Deutschland in der Zeit

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Ein Henlein-Artikel, ein Henlein-Dementi, ein Beweis gegen Henlein

Am 18. März hatte die „Bohemia“ einen Auszug aus einem Artikel veröffentlicht, der tags vorher aus der Feder Konrad Henleins in der Londoner Zeitung „Evening Standard“ erschienen war.

Am folgenden Tage teilte zu dieser Veröffentlichung die Pressestelle der SdP mit, daß es sich um eine Missifikation handeln müsse, da Henlein keinen Artikel für den „Evening Standard“ und überhaupt auch keinen ähnlichen Artikel geschrieben habe.

Weiterhin hüllte sich die gesamte Henleinpresse in Schweigen, das sie auch nicht brach, als ein anderes Prager Blatt die Photographie des Kopfes des genannten englischen Blattes samt der deutlich lesbaren Heberschrift des Henlein-Artikels mit dessen Autorennamen veröffentlichte. Und gestern teilte die „Bohemia“ mit, daß die zitierte Nummer des englischen Blattes in ihrem Besitz sei und daß der Inhalt des dort veröffentlichten Artikels völlig mit dem Auszug übereinstimmt, den die „Bohemia“ am 18. März auf Grund eines telephonischen Berichtes veröffentlichte. Und wegen des Vorwurfs einer „Missifikation“ habe sich die „Bohemia“, wie sie weiter bekanntgibt, „an die namentlich betreffende Redaktion des „Evening Standard“ gewandt. Sie teilt uns mit, daß sie den Artikel von der literarischen Agentur Denfons Limited, 110—111 Strand London W.C.2 gekauft hat. Die Agentur hat den Artikel direkt aus Prag erhalten, mit einem Begleitschreiben, das auf einem firmierten Briefbogen der Geschäftsstelle der SdP

in Prag geschrieben war. An Hand dieser Angaben wird die Pressestelle der SdP die Angelegenheit nun wohl weiter aufklären können.“

„Können schon! Aber wird sie es tun? Das ist die Frage. Die Henleins sind wieder einmal in einer verzwickten Lage. In dem „englischen“ Artikel Henleins hieß es zu Beginn:

„Wir Sudetendeutschen haben weder direkte noch indirekte Verbindungen mit dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus in irgendeinem anderen Lande. Wir sind weder nach unserer Handlungsweise noch nach unserer Denkart als die böhmischen Nazi anzusehen. Wir bekennen uns weder zum Hitlerismus noch zum Faschismus, sondern wir sind loyale Bürger des Staates, dem wir angehören und dessen Verfassung wir billigen und anerkennen. Wir können keinen besseren Beweis für diese Gesinnung vorbringen, als wenn wir diejenigen, die uns verdächtigen wollen, erinnern, daß sudetendeutsche Soldaten den Faschistenputz in Brüm unterdrückt und die bedrohte Republik mit ihrem Leben gekämpft haben.“

Man kann sich leicht vorstellen, daß Herr Henlein gegen eine solche Analyse seiner Bewegung in England nichts einzuwenden hätte; aber in Deutschland? Eine „Missifikation“ ist da jedenfalls ein Ausweg — aber keine Erklärung ...

Von 1000 Berufstätigen 433 Arbeitslose

Innere Bezirksorganisation Weipert (zu der auch der Bezirk Freudenberg gehört), hielt vor wenigen Tagen in Schmiedeburg ihre Bezirkskonferenz ab; dem dort vom Genossen Siegmund erhaltenen Bericht entnehmen wir folgende bemerkenswerte Feststellungen:

Im Bezirk Freudenberg entfallen auf 1000 Berufstätige 433 Arbeitslose. Der Arbeitslosenstand des Bezirkes ist wiederum gestiegen und betrug mit Ende Dezember 1935 4231 Arbeitslose. Das Lohnniveau in der Arbeiterschaft in den Betrieben ist gerade in diesem Jahre der „Volksgemeinschaft“ gewaltig gesunken und beweist so recht, wie „loyal“ die Unternehmer eingestellt sind. Man sieht gerade an diesem Beispiel, wie gut sich die Wahlgelber verhalten! Man verdient auch an der „Volksgemeinschaft“! Diese Feststellungen lassen die trostlose Situation an der Grenze drastisch erkennen. Würde nicht durch die Unterstützung nach dem Weipert System eine wesentliche Hilfe von den freien Gewerkschaften gebracht — so hätte allein die Ortsgruppe der Union der Textilarbeiter in Weipert im Berichtsjahre die Summe von weit über einer Million Kč an Unterstützung aus — wäre es um die Arbeiterschaft schlecht bestellt, um so mehr, als für die unorganisierte Arbeiterschaft die staatliche Ernährungsaktion, die Hilfsaktionen der Regierung eine weitaus größere Unterstützung bedeuten, als die so groß ausgelegene Seelentataktion der SdP, der Sudetendeutschen Volkshilfe. Diese verzweifelte politische Situation der Erzgebirgsproleten aber ist leider der günstige Nährboden

für jede Art von wirtschaftlichem Terror, der gerade in den Betrieben des Weipert-Freudenberger Bezirkes in skrupelloser Norm ausgeübt wird und der so recht zeigt, wer die eigentlichen Hintermänner der Henleinpartei sind.

Durch diese Feststellungen ist auch schon die politische Situation im Grenzbezirk gekennzeichnet. Eine hemmungslose Propaganda in den Betrieben, ganz offen von den Unternehmern unterstützt, arbeitet für die Henleinsche „Volksgemeinschaft“. Der Kampf zu Henlein nach Freudenberg war mehr oder minder von den Unternehmern anbefohlen, und die fehlende gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben, die mangelnde politische Einsicht und die große Indifferenz der Erzgebirgsproleten bildeten die Einlagen zu dem Wahlsieg der Henleinbewegung auch in unserem Bezirke. Der politische Flugstand ist von uns abgewandert.

Mit Stolz können wir hier sagen, daß unsere Organisationen sich unerschütterlich gehalten haben. Kein Pessimismus, im Gegenteil, erhöhte Kampfbereitschaft. Der Mitgliederstand ist der gleiche wie im Vorjahr. Die Kassierung hat sich wesentlich verbessert.

Das politische Referat auf der Schmiedeburger Konferenz hielt Abg. Genosse de Witte.

Die Bezirkskonferenz Freudenberg am vergangenen Sonntag (im Arbeiterheim in Römerstadt) war von 114 Delegierten besucht und nahm einen sehr eindrucksvollen Verlauf. Die Bezirksorganisation Freudenberg-Römerstadt bot allen Stürmen der Vergangenheit gut getroßt und die Organisationen nicht nur intakt gehalten, sondern teilweise noch aus-

mechanik, in den Stahlwerken, in der Elektrotechnik und in der Schwerindustrie. Der Mangel an gelerntem Nachwuchs wird auch durch soziale Verschiebungen vergrößert: Die schulentlassenen Kinder wenden sich von der männlichen und besonders der schweren Arbeit ab und geben den sogenannten höheren Berufen den Vorzug. So wuchs in den Jahren 1926 bis 1929 die Zahl der Versicherten bei der Allgemeinen Pensionsanstalt von 211.919 auf 280.903, während der Versichertenstand bei der Zentralsozialversicherungsanstalt sich überhaupt nicht änderte.

Das wichtigste Mittel zur Begrenzung der Jugendarbeitslosigkeit bleibt zwar die Beschaffung von Arbeit, daneben lassen sich jedoch bemerkenswerte Erfolge durch sozialpolitische Maßnahmen erreichen, wie z. B. durch die Novelle des Pensionsgesetzes aus dem Jahre 1934. Verschleudert kann die Freimachung von Stellen für jüngere Kandidaten auch durch Kolonisationsaktionen für öffentliche und private Rentner werden, wenn dabei auch beträchtliche Schwierigkeiten im Wege stehen.

An Hand von englischen Erhebungen und Erhebungen der Allgemeinen Pensionsanstalt führte Prof. Schoenbaum aus, daß nur ungefähr 20 Prozent aller Arbeitslosen dauernd und länger als ein Jahr beschäftigungslos sind, während 80 Prozent für längere oder kürzere Zeit Beschäf-

tigung finden. Aus der Publikation des Sozialen Instituts „Der Einfluß der Krise auf die nationalen Arbeitslosen“ leitet der Vortragende ab, daß die dauernde Arbeitslosigkeit ein anderes und wesentlich schwereres Problem darstellt als die Arbeitslosigkeit der Jugend, da die Wirtschaft des beschäftigungslosen Arbeiters nach Erschöpfung der Ersparnisse und der Arbeitslosenunterstützung auf Verdienste, Anleihen, kurz gefaßt auf Mittellosigkeit angewiesen ist. Der Vortragende beschlößte sich mit den sozialpolitischen Maßnahmen, welche mit Rücksicht darauf notwendig wären, daß auch bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen ganze Zehntausende älterer Personen arbeitslos bleiben werden, ohne Anspruch auf eine Sozialversicherung zu haben. Die Verlängerung der menschlichen Lebensdauer und die Nationalisierung führen einerseits zu einem größeren Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung, andererseits zu einem größeren Mangel an Arbeitsgelegenheiten für sie, so daß die Arbeitslosigkeit der älteren Jahrgänge schon mit Rücksicht auf die Folgen für ihre Familien sich als ein Problem von gleicher Bedeutung wie die Arbeitslosigkeit der Jugend darstellt. Für beide Probleme werden verschiedene Lösungen gefunden werden müssen. Für das eine Arbeitsbeschaffung, für das andere eher sozialpolitische Maßnahmen.

gebaut. Der Markenumsatz im Jahre 1935 ist im Verhältnis zum Jahre 1934 geblieben. Die Frauen- und Jugendbewegung wird gut betreut und mit allen anderen proletarischen Organisationen ist ein gutes Einvernehmen festzustellen. Die R. W. des Gebietes wurde lobend hervorgehoben und den Funktionären der Bewegung der Dank zum Ausdruck gebracht. Das an die Berichte anschließende Referat des Abgeordneten Zischka (Stierberg) wurde beifällig aufgenommen. Die Besprechung der internationalen politischen Situation löste großes Interesse aus und auch die Ausführungen über die letzten Ereignisse in unserem Lande fanden viel Beachtung. Es schloß sich eine rege Debatte an dieses Referat. Zum Bezirksvertrauensmann wurde der Genosse Josef Gabriel wiedergewählt.

Kirchenraub. In der Nacht vom Montag zum Dienstag dieser Woche wurde, wie aus V. Zeipa gemeldet wird, in die Kirche in Doborn eingebrochen. Aus dem Tabernakel wurde ein Kekslein im Werte von 1000 Kč gestohlen. Mehr Schaden noch als durch den Diebstahl entstand an den Altären. So wurde u. a. ein wertvolles Altarbild beschädigt.



Franzbranntwein

zum Einreiben und Massieren

Achten Sie mehr auf die Qualität als auf den Preis!
Alpa wird aus reinem Weingeist erzeugt.

Unbekanntes Sudetendeutschtum So kämpft unsere Jugend!

Arbeit und Kampf unserer sozialistischen Jugend findet in der breiten Öffentlichkeit keine angemessene Beachtung. Eine Bewegung, die keine Skandal-Affären liefert, in der es keine Spaltung, keinen Führerstreit, keinen Parteikampf gibt, ist für durchschnittliche Zeitgenossen wenig interessant. Die stille und zähe Arbeit unserer Jugendsozialisten wird aber trotzdem noch manchen Nationalisten vor peinliche Heberauslösung stellen. Sie kämpfen gegen Wind und Sonne, doch sie dringen vorwärts! Die Kreisorganisation Tepitz-Saaz der Sozialistischen Jugend hat — wie unlängst auf ihrer Tagung in Görlau festgestellt wurde — mit 1350 Mitgliedern den höchsten Stand seit 1927 erreicht.

Unter welchen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen wurde dieser Aufstieg erzielt? Hier einige Daten:

Von 16 Mitgliedern der Kreisleitung sind 12 arbeitslos.

Alle 5 Bezirksvertrauensmänner sind arbeitslos.

Alle 56 Gruppenobmänner sind arbeitslos.

65 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos. Eine Kantarengruppe der Komotauer Jugend zählt 21 stamme Varthen. Ihrer zwanzig sind arbeitslos.

Erwähnung verdient noch, daß Jugendgruppen auf dem Rammsee des Erzgebirges, die nur arbeitslose Mitglieder umfassen, eine hundertprozentige planmäßige Fortbildung erlangen. Und diese Jugend wartet noch durch viele Wochen für den Reichsjugendtag in Bodenbach. Wovon spart sie? Von den letzten und armseligsten Alltagsfreuden, die einem arbeitslosen Jugendlichen oder Mädchen noch geblieben sind. Wahrscheinlich auch von ihrem fargen Stück Brot. Dieser Einsatz für die Idee ist kaum noch zu überbieten. Jedes Wort der Anerkennung ihrer kämpferischen Leidenschaft und Opferkraft wäre zu schwach.

Diese Jugend wird zu Pfingsten in Bodenbach aufmarschieren mit ihren roten Sturmabzeichen, mit ihren roten Liedern, mit ihrem hellmündigen Freiheitsglaube auf den Lippen.

Einer bitteren Zeit, einer hagerfüllten Umwelt zum Trost.

Diese Jugend wird morgen dem Rad des sudetendeutschen Schicksals in die Speichen greifen.

Bequeme Finanzwirtschaft

Berlin. (Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht das Finanzgesetz für das Jahr 1936. Das Gesetz enthält keine Angaben über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, sondern beschäftigt nur die dem Finanzminister erteilte Vollmacht für die Ausgaben. Der Finanzabschluss für das Jahr 1935—1936, welches mit dem 31. März abschloß, ist nicht veröffentlicht worden.

Tagesneuigkeiten

Berliner, der Mann, der auf der Aktentasche schlief

wird augenblicklich jener zahllosen Legenden entkleidet, welche die bürgerliche Presse in allen Tonarten verbreitet hat. Ganz wie bei Strenger, von dem die Schlieferin aller Richtungen vierzehn Tage vor Aufdeckung des gigantischen Schwindels seitenerweise erzählten, wie einfach der Arme lebte, ganz ohne Alkohol, Frauen und sonstigen Komfort (nicht einmal homosexuell soll er gewesen sein!) des zwanzigsten Jahrhunderts, nur der „Arbeit“ hingeeben, natürlich viel mehr arbeitend als irgend einer seiner Angestellten oder irgend einer der für seine Brief-tasche tätigen Holzschläger aus Schwedens Wäldern.

Berliner verdrängte sein Gehalt, Berliner lebte im Schlafwagen, Berliner schlief im Büro auf der Aktentasche, wo ihn die Bedienerin fand, Berliner, der genialste Finanzoperator Europas, Berliner trug prinzipiell nur Anzüge von der Stange, für alle hatte Berliner Geld (auch für den Sektionschef Köhner), nur für sich hatte Berliner kein Geld, auf Speisekarten rechnete Berliner die genialsten Finanzierungsprojekte aus usw. Jeden Tag brachten die Kulis, die vierzehn Tage vorher noch nicht wußten, wer Berliner war, neue sensationelle Klatschgerichte.

Nun liegt alles wieder einmal in Scherben da. Nichts als Scherben. Wie erquidend für den, der von vornherein an den ganzen Schwindel nicht glaubte, weil er vom Schwindler überzeugt war, wie eh und je, lieft sich der Mundfunkvortrag des österreichischen Bundeskommissärs Adam, eines Mannes, dem Offenherzigkeit nicht ganz abgesprochen werden kann, und der mit großer Vorsicht doch eher zu wenig zugibt, als zuviel. Immerhin, es reicht.

„Das Geld verschleudert und für dunkle Zwecke auszugeben wurde...“

Der frühere Leiter des Unternehmens, dem eine außerordentliche Geschäftsfähigkeit in der Durchführung gewisser Finanzoperationen nicht abgesprochen werden kann, hat es verstanden, die wahre Situation zu verschleiern. Einen wesentlichen Grund für das Gelingen dieser Verschleierung hat die amtliche Verlautbarung durch den Dinsel auf den Selbstmord des Sektionschefs Köhner angedeutet, der als Leiter der Versicherungssektion das wichtigste Organ der staatlichen Aufsichtsbehörde war.“

Es wurde gegeben und angenommen. Der Mann, der für die Sicherung der Anstalt und ihre Geschäftsmethoden verantwortlich war und dem Glauben und den Einzelheiten die Äuße seiner Beobachtung, aber auch seines Charakters und seiner politischen Gesinnung aufsprach, kann vom letzten Richter nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden.“

Man wird hier zu unterscheiden haben zwischen geschäftlich an abnehmender Verschleißigkeit und schmutziger Geschäftsanbahnung.“

Die Zeit der Reform fällt zum Teil auf die Geschäftsverhältnisse überhaupt, auf die Beamten und Angestellten des Versicherungswesens und zum Teil auch auf die Versicherungsnehmer. Die Regierung achtet von der Erwägung aus, daß es den Interessen aller drei Gruppen besser erscheint, gewisse Opfer zu leisten, als das Vertrauen der Bevölkerung in das Versicherungswesen zu erschüttern.“

Zuerst sprach Adam davon, daß die 267.000 Inhaber der kleinen Polizzen vor allem geschädigt werden müßten, jetzt enthält er, daß gerade sie Opfer zu bringen hätten. (Von



In England wird nach Oel gebohrt

330.000 bei dem Thöni, Wien, Versicherten, haben 267.000 Polizzen bis zu 1000 Schilling, also ungefähr 80 Prozent aller Versicherten sind kleine Sparer!)

Wir entziehen uns nicht moralisch über den Korruptionssumpf, aus dem zweifellos bei diesem Regime der „Thöni“ wieder aufsteigen wird wie der Phönix aus der Asche, zu der er eben verbrannt wurde, wir wissen, es ist nur ein einziges Symptom dieser Krankheit, die den Kapitalismus ergriffen hat und die ihn eines Tages zum Tode führen wird, aus dem es kein thönig-gleiches Auferstehen mehr geben wird. J. E.

Eine Biographie des Präsidenten Benes. Im Roland-Verlag Novakow, Prag, ist soeben eine Lebensbeschreibung des Präsidenten der Republik Dr. Eduard Benes erschienen. Das Buch ist etwa 250 Seiten stark, sein Verfasser ist Dr. Arthur Berner, bekannt durch seine gute und lesbare Kaiserbiographie.

Ein großangelegter Betrug wurde in Reichenberg aufgedeckt und zur Anzeige gebracht. Anlässlich einer Revision in der Kohlenabteilung der Expeditionsfirma Alfred Deutlich & Co. in Ober-Rosenthal bei Reichenberg kam man auf Untersuchungen des dortigen Lagerhalters, des 52-jährigen Wilhelm Fiedler, der sofort durch die Reichenberger Kriminalpolizei verhaftet wurde. Schon nach einer oberflächlichen Revision konnte festgestellt werden, daß der Lagerhalter in einem Zeitraum vom Mai 1933 bis Ende März 1934 einen Betrag von 133.437 Kč zum Schaden der genannten Expeditionsfirma zu verschleiern verstand, welcher Betrag sich noch dadurch erhöhen dürfte, sobald der gesamte Lagerbestand gänzlich überprüft sein dürfte.

Ein Tunnel unter dem Voporus. Die türkische Regierung und die Jüanduler Gemeinde studiert einen Plan, demzufolge ein Tunnel unter dem Voporus gebaut werden sollte, der Europa mit Asien verbinden würde.

Durch dieses Tunnel soll auch die Eisenbahnstrecke führen, die es notwendig machen würde, daß die aus der europäischen Türkei kommenden Reisenden, die nach der asiatischen Türkei wollen, in Istanbul den Eisenbahnzug verlassen und zu Schiff nach der ersten Eisenbahnstation auf dem asiatischen Meer, Haidar-Pasha, fahren müssen.

Im Hauptmann. Der Gouverneur des Gefängnisses in Trenton, Kimberling, erklärte betriebs der Hinrichtung Hauptmanns, daß diese von Freitag auf ein späteres Datum verschoben werden kann, wenn bis zu dieser Zeit die Großjury zu keiner Entscheidung in der Angelegenheit Paul Wendels gelangen könne, welcher bekanntlich ein gewisses Verhältnis in Sachen der Entführung des Lindbergh-Kindes gemacht hat, das er später widerrief. Kimberling fügte noch hinzu: Die Verschuldigung Wendels seitens der Großjury würde mir nicht das Recht geben, die Hinrichtung auf einen späteren Zeitpunkt als bis Ende dieser Woche zu verschieben. Dazu würde die Entscheidung irgendeines Gerichtes oder kompetenter Behörden notwendig sein.

Ertrunken. Mittwoch stieß auf dem Kurischen Haff ein Ausflugsdampfer mit einem Motorboot zusammen, das sofort sank, wobei fünf Personen ertranken.

Nach ein Hüllertag. Wie dem „Daily Herald“ aus Paris aus verlässlicher Quelle gemeldet wird, ist nach der Zerreißung des Locarnopactes die Winternension der Frau Stresemann eingestellt worden, offenbar weil Gustav Stresemann Locarno abgeschlossen hat. Hüller schrieb damals, alle Unterzeichner dieses Vertrages müßten totgeschlagen werden wie Hunde. Den Stresemann haben sie nur totgeschlagen, der Locarnopact Hans Lührer aber ist Votivschäfer in Washington. Immerhin dürfte Frau Stresemann nicht zum Verbrennen verurteilt sein, da sie aus begüterter Familie stammt und ihr Mann den Nobelriedenspreis von 90.000 Mark erhalten hat. Aber zugleich hat man, wie wir dem gleichen Blatt entnehmen, auch die Pension der

Witwe des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert „eingespart“. Frau Ebert dürfte allerdings auf die Gnade des Berliner Wohlfahrtsamtes angewiesen sein.

Surrigan. Die kleine Stadt Cordoba im Staate Georgia ist von einem heftigen Sturm verheult worden. Der Sturm zerstörte mehr als fünfzig Wohnhäuser. Die einstürzenden Gebäude haben zahlreiche Personen unter sich begraben. Bis her sind 19 Leichen geborgen worden. Man befürchtet, daß noch viele Todesopfer festgestellt werden müssen. Bis her hat man 60 Verletzte gezählt.

Sonderbarer Stelettfund in Theresienstadt. In Ordo bei Theresienstadt wurde, wie dem DND gemeldet wird, beim Öffnen einer Sandgrube, die an der nach Prag führenden Smarsstraße gelegen ist, in einer Tiefe von 1,5 Meter ein Stelet gefunden, dessen Schädel an der rechten Schläfenwand eine Einschnüpfung aufweist. Das Stelet maß etwa 170 Zentimeter und dürfte, dem Geschlecht nach, einem jungen Mann von etwa 25 Jahren angehört haben. Das Alter des Stelets wird auf 150 Jahre geschätzt. Ein in der Nähe des Fundortes gelegenes Feld heißt im Volksmund „Am Galgen“. Während angenommen wurde, daß das Stelet einem erlöschenden Soldaten angehöre, konnten in der Nähe weder Waffensätze, noch Uniformstücke gefunden werden. Ingleich ergab sich, daß der Erstherrne seinerzeit nicht bestrafet worden sein muß.

Eine „Gail-Selastja“-Straße. Als erste europäische Hauptstadt hat Belgrad eine Straße erhalten, die nach dem Regus benannt ist. „Alte Gail Selastja“ kann man auf den Namenswurzeln dieser Straße lesen, die sich im Stadtviertel Neu-Belgrad befindet. Allerdings sind die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung nicht gefragt worden, sondern die neue Namensgebung ist auf die Privatinitiative der offenbar mit Absichten sympathisierenden Anwohner dieses Straßenzuges erfolgt. Die Stadt kann solche Nebergriebe, die eine politische Demonstration darstellen, nicht dulden und beabsichtigt, den Namen des Regus aus dem Belgrader Straßennverzeichnis zu löschen. Die Bewohner der Straße wehren sich mit allen Kräften dagegen.

Das älteste Haus von Paris. Das älteste heute noch bewohnte Haus von Paris befindet sich im dritten Bezirk und trägt die Nummer 3 in der Rue Volta. Eine Inschrift verkündet, daß das Haus 1240 gebaut worden ist. Tatsächlich ist es etwas jüngeren Datums und dürfte Ende des 14. Jahrhunderts in seiner heutigen Form errichtet worden sein. Es hat vier Stockwerke und bezieht im Erdgeschoß zwei Böden; über einem hängt ein Schild „Zum ältesten Haus von Paris“.

Die Kältemelle, welche sich von Nordweien her ausbreitet, ist bereits bis zum Kettenkanal gelangt und dürfte bald auch das Binnenland erfassen. — Wahrscheinliches Wetter Freitag: Veränderlich mit Schauern, Winddrückung gegen Nordweien und allmähliche Abkühlung. — Wetteraussichten für Samstag: Abnahme der Bewölkung und auch in den Niederungen Nachfrogefahr.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Sonntag: Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 11: Schallplatten, 17.55: Deutsche Sendung: Dr. Dent, Cambridge: Zur Eröffnung des internationalen Kongresses für Musikforschung in Prag, 18.00: Sonderbericht aus einer Kaserne, 18.45: Deutsche Presse, 22.15: Tanzmusik, Sender 3: Letzte Musik, 14.10: Deutsche Sendung: Lieder und Klavierstücke von Wagner, 14.40: Kulturrelief: Prager Kunst und Leben. — Brunn 13.45: Schallplatten, 17.40: Deutsche Sendung: Für die Jugend, 19.40: Dumke Folge. — Freiburg 15: Nachmittagskonzert, 19.15: Tonartische Lieder. — Rastatt 17.25: Symphonieorchester auf Schallplatten. — Währich-Ohran 12.35: Mittagskonzert.

Es lebe die Kunst!

Von Julius Mader

„Rein“, sagte sich Karl energisch, nachdem er bereits vierzehn Tage in dem Mauersack von Atelier, das der höhnischen Winterstille und den frostigen Stürmen so nahe lag, gefesselt und abgehängt hatte. „So geht es nicht mehr weiter!“ Bergschick schloß die Tür aus den Lebensgeschichten jener Genies, die zeitweilig in einer ähnlich erbärmlichen Lage gewesen waren. Aber das machte ihm die drei mit Kunststücken besetzten Prole, von denen er je eins morgens, mittags und abends verzehrte, nicht schmachtender. „So geht es nicht weiter!“ Er starrte plötzlich angestrengt auf eine schadhafte Stelle im Glasdach, durch die der Wind Tag und Nacht hereinpfeiff. „Donnerwetter... ja — das wäre was... das wäre sogar was ganz Großes.“ Seine Stirn wurde feucht von heftigen Nachdenken.

„Karl, Karl, bist ja gar nicht so dumm wie du ausliebst“, riefte er sich an, während er vor dem halbblinden Spiegel stand und seinen Haarhauf in Ordnung brachte. Einige Minuten später klingelte er Sturm bei Richard. „Dich hat wohl ein Hund gebissen“, schnauzte Richard, aber Karl legte herein, deutete mit dem Kopf nach der Staffelei, sagte: „Daß den Treck jetzt!“ und setzte sich mit solchem Schöpfung auf das improvisierte Sofa, daß die Rippen darunter gefährlich knackten. „Wo ist Gabu?“ — „Du bist wohl über —“ — „Wo ist Gabu?“ unterbrach ihn Karl streng. — „Vor einer Stunde weggegangen, um bei

Bekanntem Geld aufzutreiben“, sagte Richard finster. — „Nicht mehr nötig“, sagte Karl. „Ich habe eine Idee. In zwei Wochen sind wir reiche Leute.“ Richard bekam einen Lachanfall. „Doch“, riefte Karl. „Ich mich erst an und dann mehere, meinethwegen hundentlang.“ Als Gabu heimkam, war das Zimmer eine einzige Rauchwolke. „Nirgends auch nur eine Krone zu bekommen“, sagte sie niedergeschlagen. „Tut nichts“, strahlte Richard. „Karl ist ein Genie, zumindest ein geschäftliches, er hat einen Einfall, der sein Geld wert ist.“ Sie streckten die Köpfe zusammen. Richard starrte gewandt auf einem alten Bild Karrens. Schließlich erhob sich Gabu langbeinig und lief zum Kunsthandler, eine Kupferplatte dreißig mal vierzig zu erhalten. Als Zahlungsmittel nahm sie zwei alte Zellulose mit. Die Platte, die sie bald darauf auf den Tisch legte, glänzte verheißungsvoll. Rätliche Finger fuhrten über die feinpolierte Metallfläche. „Herrlich“, sagte Richard aufatmend. Alle drei haben sie bereits den Anbruch eines neuen Lebens. „Ehe wir mit der Arbeit beginnen, sehen wir den Vertrag auf“, schlug Richard vor. „Einerhanden!“ nickte Karl stolz wie ein Hauptaktionär. Gabu brachte Schreibzeug. „Vertrag“, malte Richard mit eigenwilligen großen Schrägstrichen als Uberschrift. „Zwischen Herrn Karl Brandhuber, Kunstmalers, und Herrn Richard Martinel, akademischer Maler, beide in Prag, wurde heute folgendes Abkommen geschlossen: Die Obgenannten bringen gemeinsam ein Spezial für Kerze bestimmtes Original-Kunstblatt unter dem Titel „Der Sieg des

Kerzes“ auf den Markt. Herr Rich. Martinel, akad. Maler, übernimmt den Entwurf und die Ausführung in Schwarz-weiß-Technik. Herr Karl Brandhuber, Kunstmalers, obliegt die Pflicht des späteren Kopierens des Entwurfes sowie des Radierens in die Kupferplatte. Die Gewinnverteilung ist folgende —“, Richard hielt im Schreiben inne. „Dortüber müssen wir uns noch einig werden.“ — „Dortüber müssen wir uns noch einig werden“, erbot sich Karl. Richard blinnte Gabu an, die dasah, leicht bebend vor Erwartung. „Der Kund gleich dem Zerst eines Granatapfels. „Ich — schlage vor — sechzig — für mich — vierzig — für dich“, sagte Richard Wort für Wort. Die Stille, die eintrat, war so vollkommen, daß man Karls Frauen förmlich hörschwelken hörte. „Wie?“ brachte Karl heiser und erblaffend vor. — „Was, wie?“ — „Wie? sechzig zu vierzig. Du vermagst wohl ganz, daß die Idee von mir stammt!“ — „Deel! Deel! Titel und Entwurf sind die Hauptstücke. Und die stammen von mir.“ — „Galt und halt“, warf Karl eilig dazwischen. „Karl!“ sagte Richard und schmit die Feder hin, daß ein Riesenschiff entstand. — „Gar nicht lächerlich! Der Einfall ist das Wichtigste. Und radieren muß ich auch selber. Ich sehe also nicht ein, warum ich mich mit vierzig von Hundert zufriedengeben soll.“ — „Dann leg deinen Einfall in Essig, du... du Anstreicher!“ schrie nun Richard bereits. „Siehst ja, schließlich mußt du doch zum Künstler kommen, allein bist du aufgelesen.“ Beim Wort „Künstler“ schlug er sich mit der Faust gegen die Brust, daß es dröhnte. — „Über

Richard hatte doch schon vor Monaten eine ähnliche Idee gehabt“, griff Gabu, die Wandelstange, sanft störend ein. Richard starrte sie einen Herzschlag lang fassungslos an. „Eine ähnliche...? Aber natürlich“, polterte er los, „nicht bloß ähnlich, fast die gleiche, nur war statt des Schachspielers ein Kartenspieler, der mit dem Tod um das Leben des Sterbenden spielt.“ — Karl schlug eine schneidende höhnische Lache auf: „Kartenspieler?! Da sieht man deine grenzenlose Ungebildetheit! Kartenspieler?! Hat man je so was gehört! Die Bilder sind doch für Akademiker bestimmt, und denen liegt Schach bestimmt näher.“ — „Quatsch keinen Blödsinn“, brüllte Richard. „Das Bild wird im Pariezimmer hängen, wo es auch Laien zu sehen bekommen, und die werden es bestimmt natürlicher finden, wenn der Regl mit dem Tode Karten spielt und nicht Schach.“ Sie funkelten einander an wie zwei Kampfchöre. Da drängelte sich Gabus Stimme durch das Didiat des gefährlichen Säwicens: „Du mußt schon aufgeben, lieber Karl, daß Richard im Recht ist. Erstens ist er ja doch der größere Künstler von euch beiden, und zweitens — hat er auch eine Frau zu ernähren.“ — Das gab den Rest. „Was geht denn das mich an, soll ich vielleicht noch seine Frau erhalten!“ schrie Karl krebrot im Gesicht, packte den Hut und stürmte hinaus, daß er fast den Türschwamben mitnahm.

Die künstlerische Radierung „Der Sieg des Kerzes“ ist nie zur Ausführung gelangt. Gabu benötigt die feineren angefertigte Kupferplatte als praktischeres Material ihres Primastockers.

Die Notwendigkeit eines Gesundheitsbogens für Bürger wurde in der letzten Zeit vielerorts erörtert. Man erfährt von der verpflichtenden Einführung von Gesundheitslegitimationen im Ausland, unsere Ärzte rufen mit Rücksicht auf den ungenauen, überhaupt nicht bekannten physischen Zustand der Bevölkerung und vor allem der Jugend nach einer Vereinfachung der Untersuchungsverfahren und der Gesundheitsbögen. Die Frage des Gesundheitsbogens, das den Menschen von seiner Geburt an durch das ganze Leben begleiten soll, in Verbindung mit den Aufzeichnungen über den physischen Zustand und über durchgemachte Krankheiten, ist heute zwar aktuell, aber bei weitem noch nicht gelöst. Die Einführung solcher Bögen hätte bestimmte Vorteile — bei der Klassifizierung, vor der Heirat, bei der Arbeitsverteilung; der untersuchende Arzt hätte ein genaues Bild von den vorhergehenden Krankheiten und könnte den Zustand des Patienten leichter und besser beurteilen; der Staat als Ganzes hätte eine leichtere Evidenz über den Zustand seiner Bürger und wäre eher imstande zu erkennen, wo die Notwendigkeit besteht, zur Gesundheit der Nation einzugreifen. Gleichzeitig aber tauchen auch die Nachteile solcher Gesundheitsverzeichnisse auf: das soziale Unrecht bei der Ablehnung von Arbeitsbewerbern mit schlechtem Gesundheitszeugnis, Zerstörer des Paars bei der Beurteilung des eingetragenen ärztlichen Befundes, Familienzwistigkeiten bei der Feststellung von gesundheitlichen Fehlern, Vermehrung der Arbeit des Arztes durch Schreibarbeiten, Möglichkeit der Dokumentenfälschung usw. Damit hängt auch die Frage zusammen: Wie ist es möglich, das Arztgeheimnis zu wahren, zu welchen sind die Ärzte den Patienten gegenüber verpflichtet und welche halten sie sorgfältig ein? — Es ist daher klar, daß die Frage der Einführung von Gesundheitsbögen nicht so einfach ist.

Tod eines heldenhaften Hundes. In Washington verstarb einer der berühmtesten Hunde des Weltkrieges, der Liebling des ersten Expeditionskorps der „American Legion“. Ruggs, im Laufe seines Pflegerates Colonel Gardenburg. Ruggs war ein Labradorterrier, der von dem amerikanischen Soldaten Jimmy Donovan herrenlos auf der Straße in Paris aufgelesen und mit an die Front genommen wurde. In den Argonnen hat Ruggs die schwersten Kämpfe mitgemacht, sich als ein wahrer Held erwiesen, wurde verwundet und gasvergiftet, überlebte aber mit seiner Truppe alle Leiden. Er wurde der beste Meldehund der Armee und verstand, mitten im Trümmelhaufen seinen Weg zu finden. In den Kämpfen verlor er ein Auge, verließ aber seinen Dienst bis zum Waffenstillstand weiter. Er wurde auch einmal auf einem Haisballon abgeschossen. Der Beobachter, der ihn mitgenommen hatte, sprang im Fallschirm herunter. Der deutsche Piloter, der in den Armen des Mannes einen Hund sah, soll, der Legende nach, das Feuer sofort eingestellt haben und sogar durch Winken das Tier begrüßt haben. Jedenfalls landete Ruggs unverletzt. In Amerika ist eine Biographie von Ruggs erschienen, Gipfelpunkte seiner Taten werden in einem Kriegsmuseum aufbewahrt. Ruggs bezog eine hässliche Pension, und niemand seiner ehemaligen Kriegskameraden verstaumte, ihn in Washington zu besuchen.

„Tabak und Liebe verlängern das Leben.“ Im Alter von 111 Jahren ist in St. Louis die Herzogin Mrs. Davenport gestorben. Sie hat ein recht bewegtes Leben hinter sich. Mit 15 Jahren heiratete sie einen russischen Zaren, der im Duell getötet wurde. Von ihrem zweiten Gatten, einem französischen Vicomte, hatte sie elf Kinder. Nach seinem Tode beschloß die Keineswegs mehr junge Witwe, Medizin zu studieren. Ihr neuer Beruf und das Studium hinderten sie aber nicht, im Alter von 68 Jahren den 22jährigen William Davenport zu heiraten, mit dem sie in glücklicher Ehe lebte und der trotz des Altersunterschiedes seine „junge“ Gattin ebenfalls als Witwe zurücklassen mußte. Die „Doctress“ war in ganz St. Louis bekannt und berühmt. Sie ist vielmals wegen ihrer Altersfrische interviewt worden und hatte feinerzeit erklärt, daß ihrer Lebenszeit nach nur die Liebe und der Tabak (sie rauchte leidenschaftlich bis in die letzte Zeit!) das Leben verlängern.



— Dieser Wagen hat 16 Preise . . .
— Gut, dann nennen Sie mir den niedrigsten!

Zur Geschichte des Reichstagsbrandes

Jürges setzt seine Enthüllungen fort

Der frühere Amtswalter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Berlin Heinz Jürges, der jetzt stellvertretender Kampfleiter der Schwarzen Front in Südamerika ist, setzt in seiner Zeitschrift „Die Schwarze Front“, die in Buenos Aires erscheint, seine Enthüllungen über den Reichstagsbrand weiter fort. Auch das „Argentinische Tageblatt“, eine altangelegene deutsche Tageszeitung in Buenos Aires, hat sich für den Fall Jürges interessiert und eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die erklärt hat, daß die Person des Jürges und seine Angaben durchaus ernst zu nehmen sind. Dadurch gewinnen seine Enthüllungen erhöhte Bedeutung.

Jürges behauptet bekanntlich zu wissen, daß von der Lubbe die letzten drei Tage vor dem Reichstagsbrand in einer SA-Unterdunkst in Berlin zugebracht hat, er behauptet, daß er, Jürges, als Dolmetscher fungiert habe, als von der Lubbe den Auftrag entgegennahm, eine große Sache gegen die Kommunisten zu machen, die als kommunistisch getarnt werden sollte. Jürges hat zum Beweis für seine Behauptungen die Photographie eines im Februar 1933 für Ractus von der Lubbe ausgestellten Spezialausweis der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg reproduziert.

Jürges erzählt nun weiter, daß er über die Art des Auftrages, den von der Lubbe erhalten habe, zunächst im unklaren gewesen sei. Nach dem Reichstagsbrand hätte er jedoch sofort gewußt,

um was es sich gehandelt hätte. Gewißheit erhalten habe er durch ein Gespräch mit dem am 30. Juni 1934 erschossenen Berliner Gauleiter Karl Ernst. Darüber erzählt er:

„Einige Tage nach dem Brand kommt mir auf der Treppe im Adolf-Hitler-Haus Ernst entgegen. Vertraulich hielt ich ihm am Koppel fest und küsterte ihm zu: „Das Ding mit dem von der Lubbe hast Ihr aber ausgezeichnet gemacht.“ Mit zwinerndem Auge erwiderte er: „Die Sache ist in der Eile besser gegangen als ich dachte; nur schade, daß ich mir dabei meine Uniform vollkommen verkauft habe.“ Bei diesen Worten schob er den rechten Hockärmel hoch. Um den Unterarm trug er einen Verband. „Ne Brandblase, aber weiter nicht schlimm. In einigen Tagen ist's wieder in Ordnung.“

Jürges erzählt dann weiter, wie er wegen seiner gefährlichen Mitwisserschaft gewarnt worden und dann geflüchtet sei. Goebbels, der nach seiner Darstellung der eigentliche Regisseur der Brandstiftung ist, habe ihm noch nach Südamerika zwei Gestapoagenten nachgeschickt, um ihn erledigen zu lassen. Er sei dann tatsächlich in Südamerika angekommen, aber nur leicht verletzt worden. Jürges wiederholt die schon oft aufgestellte Behauptung, daß die Mitwisser des Reichstagsbrandes, ihn angenommen, bei dem großen Kameradenmord vom 30. Juni 1934 alle erledigt worden seien.

Der Stand des Internationalen Wettrüstens

(N. N.) Es ist noch nicht zehn Jahre her, als alle Kulturstaaten der Welt den Kellogg-Pakt unterschrieben, in dem sie anerkannt haben, daß der Krieg als Mittel zur Erledigung zwischenstaatlicher Streitigkeiten eheios, unzulässig und moralisch geächtet ist.

Damals ist auch die Herabsetzung der Rüstungsausgaben in Aussicht gestellt worden. Vor dem Kriege, im Jahre 1913, betragen die Rüstungsausgaben aller Staaten der Erde etwa 60 Milliarden K£. Dies war das letzte Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges, und zu einer Zeit verhältnismäßig guter Konjunktur. Im Jahre 1930 war der Höhepunkt jenes Wettrüstens, das 1913 den Weltkrieg vorbereitete, bereits um fast 100 Prozent überschritten — die Rüstungen der Welt verschlangen 118 Milliarden K£. Und heute, in der Zeit eines gewaltigen Rückgangs aller Volkseinkommen, werden dem Kriegsmaschine 290 Millionen K£ jährlich in den Rücken geworfen.

Die offiziellen Rüstungsausgaben Japans betragen — ohne die Kosten des abessinischen „Reinigungs“ — 8,3 Milliarden K£, und bekanntlich hat Mussolini erst vor wenigen Tagen die Umstellung der gesamten italienischen Wirtschaft auf die Notwendigkeit eines „unvermeidlich kommenden“ Krieges proklamiert. Japans Rüstungsbudget betrug 1931 etwas über 3 Milliarden K£, 1933 bereits 5,8 und 1935 über 7 Milliarden K£ (gegenüber 800 Millionen, die für Schulzwecke ausgegeben wurden). Deutschlands Wehrausgaben beliefen sich bereits im Jahre 1932 auf rund 6 Milliarden K£, 1935 (ohne die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einzubeziehen) auf 8,9 Milliarden K£. Wie hoch die Rüstungsausgaben heute sind, kann unmöglich festgesetzt werden.

Aber auch die übrigen Groß- und Mittel-mächte rücken mit gewaltigen Ziffern auf. An erster Stelle steht die Sowjetunion. Ihr Wehrbudget belief sich 1932 auf 5,6 Milliarden K£, im Jahre 1935 auf 26 Milliarden! In Frankreich sind die Wehrausgaben bisher am stabilsten geblieben. 1930 betragen sie 15, 1933 etwa 18 Milliarden K£. England gab für Rüstungszwecke im Jahre 1932 über 10,5, 1935 über 24 Milliarden K£ aus. Bei den Vereinigten Staaten betragen die Ziffern für 1933 15,7, für 1935 21,6 Milliarden K£. In Polen wurden 1935 für die Wehrmacht 3,6 Milliarden K£ ausgegeben. Das ist zwar, gemessen an den Aufwendungen anderer Länder, nicht viel, aber die Belastung des polnischen Volkes ist daraus ersichtlich, daß für Volkserziehung und Volkswohlfahrt zusammen kaum zwei Drittel dieser Summe angewendet worden sind. Belgien endlich gibt 3,8 Milliarden K£ aus.

Am den Reigen zu beschließen, seien noch die Zahlen für die Länder der Kleinen Entente genannt: In der Tschechoslowakei erfordert das Wehrbudget 1,837 Millionen K£, in Rumänien 1,7 Milliarden und Jugoslawien 1,1 Milliarden K£. Alle diese Zahlen dürften allerdings nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, vor allem nicht in Bezug auf die Belastung, die sie für die Bevölkerung bedeuten (und worin die Diktatur- und Expansionsstaaten an der Spitze marschieren). Ebenso umfassen die Wehrbudgets in vielen Staaten bei weitem nicht alle Rüstungsausgaben. Aber eines zeigen die Zahlen mit allem Nachdruck: wie weit selbst der größte Rüstungsstamm der Vorkriegszeit überboten worden ist und wie groß die Gefahr ist, die allen Völkern ohne Unterschied heute droht.

Italienische Ratschläge an Paris. Die römische Diplomatie muß die verwickelte europäische Situation aus, um ihre eigenen Zwecke zu

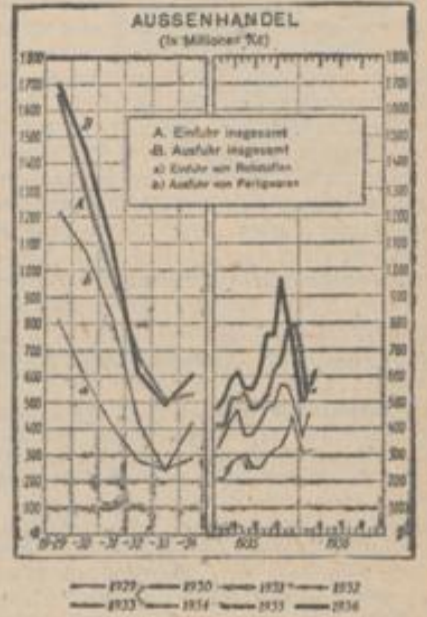
verfolgen. Objektiv erstreckt die italienische Politik in dieser Phase dasselbe Ziel wie die Hitler-Ribbentrop, nämlich die Trennung Frankreichs von England. So wendet sich die parteiunabhängige römische „Tribuna“ mit folgenden Ratschlägen an Paris: Frankreich würde einen zeitweiligen Fortschritt auf dem Wege zum Frieden und zur allgemeinen Sicherheit erreichen, wenn es von nun an eine reine französische Politik treiben würde. Es nah bereits der Augenblick, da man im Interesse von Europa, den Engländern freistellen müsse, ihre isolierten Wege zu gehen und sich mit jenen Paradoxen abzugeben, die in London so beliebt sind.

Polen — Frankreich — Rußland. Das entscheidende Problem in dem Verhältnis zwischen Westeuropa, Mitteleuropa und Rußland scheint mehr und mehr in den Vordergrund zu rücken. Der offiziöse „Temps“ zweifelt nicht daran, daß die Remilitarisierung der Rheinzone eine unmittelbare Gefahr für die östlichen und südöstlichen Nachbarn Deutschlands darstellt. Die Befestigung der deutschen Rheingrenze werde die Einmischung der französischen Armee in ost- und mitteleuropäische Angelegenheiten sehr erschweren. Das müsse schließlich auch Polen verstehen. Der französische Offizier vertritt nun der Warschauer Diplomatie verständlich zu machen, daß die französische Allianz, von der sich Polen in der jetzigen Situation anscheinend nicht einfach losagen will, lediglich in dem Falle für Polen einen Wert haben könnte, wenn Warschau sich zugleich mit der Sowjetunion verständigt. Frankreich würde eine große Freude empfinden, wenn die Mißverständnisse zwischen seinem Bundesgenossen Polen und jener Großmacht, mit der Frankreich neulich einen Unterstützungspakt abgeschlossen habe, beseitigt wären. — Viel interessanter ist jedoch die Tatsache, daß einige Londoner Kreise gleichfalls die Tragweite des osteuropäischen Problems zu verstehen beginnen. So schreiben die „Times“ zu der Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister Ved und Eden: In britischen Kreisen kommt allmählich die Überzeugung auf, daß die Verhandlungen über die Regelung der westeuropäischen Beziehungen bloß ein Vorstadium der allgemeinen Organisation des europäischen Friedens darstellen. Erst wenn dieses umfassende Ziel erreicht sein werde, werde der Alp verschwinden, der, nach dem Wort von Neville Chamberlain, einen bedeutenden Teil des europäischen Festlandes bedrückt.

Was nun? Der Berliner Mitarbeiter der Pariser radikalen Morgenzeitung „Deuxieme“ versucht die nächsten „Allionen und Gesen“ Adolf Hitlers voranzufassen. In den ausländischen Diplomatenteilen Berlins werde nicht daran gewweifelt, daß der „Führer“ das so glänzend zur Schau gebrachte „Erwachen des deutschen Volkes“ in der nächsten Zukunft ausnützen werde. Man erwarte in Berlin, daß etwa in einem Monat, wenn nicht der Einmarsch nach Wien, so doch wenigstens die Befreiung von Linz erfolgen werde. — Auch der „Intransigent“ spricht von den kommenden Ereignissen. Berlin brauche unsere augenblickliche Neutralität, um freie Hand im Osten zu haben. Die Remilitarisierung der Rheinzone gefäche keineswegs bedrohen, um dort Stoßtruppen gegen Frankreich zu konzentrieren. Deutschland werde dort eine Verteidigungslinie errichten, die man mit einigen hunderttausenden Soldaten werde halten können. Die übrigen deutschen Truppenmassen würden dann gegen Oesterreich, Danzig, Memel und die Tschechoslowakei gerichtet werden. Aber sei es denn nicht klar, rufft der Leitartikel des „Intransigent“ aus, daß, nachdem Deutschland seine Oberherrschaft über

Zentraleuropa aufgerichtet haben werde, die Reihe an uns kommen würde? Wir werden vielleicht einige Jahre Ruhe gewinnen, werden jedoch dafür mit einer unentrinnbaren Katastrophe büßen müssen. Und das sei nicht nur für Frankreich, sondern auch für England richtig.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik



Für billigeres Brot!

Der Zustand, daß in den Lagern Weizenvorräte aufgestapelt liegen, die nicht abgesetzt werden können, obwohl bereits das Vieh mit Weizen gefüttert wird, während gleichzeitig Millionen Kinder, Frauen und Männer nicht genug Brot zu essen haben, ruft immer wieder alle sozial denkenden Menschen zur Abhilfe heraus. Auf dem Bundestag der Deutschen Wirtschaftsgenossenschaften wurde dieser Frage ernste Beachtung geschenkt. In einer Entschließung sind Vorschläge zusammengestellt worden, durch die eine Neuordnung der Getreidebewirtschaftung mit dem Ziel der Befreiung der gegenwärtig herrschenden, untragbaren Mißstände angestrebt wird. Es wird für die Getreidepreise folgende Neuordnung vorgegeben: „Der Uebernahmepreis für das von der Getreide-Gesellschaft bewirtschaftete Getreide ist gemäß den abgelieferten Mengen zu stellen, und zwar nach dem Grundsatz, daß sich der Uebernahmepreis im Verhältnis zur abgelieferten Menge senkt. Für die von den bäuerlichen Wirtschaften bis zu zehn Hektar Grundbesitz erzeugten Getreidemengen gelten die Grundpreise, die je nach den Ernteergebnissen festzusetzen sind. Der Uebernahmepreis des Getreides von landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als zehn Hektar ist gemäß den von diesen erzeugten Mengen in einer absteigenden Staffelung derart festzusetzen, daß die großen Grundbesitzer für ihr abgeliefertes Getreide einen Preis erhalten, der bis zu einem Drittel niedriger ist als der festgesetzte Grundpreis. Dadurch würde folgendes bewirkt: 1. Der großen Masse der kleinen Grundbesitzer bis zu zehn Hektar Weiz die gleichen Ertragsmöglichkeiten gewahrt; 2. der Gesamtanbau für die von der Getreidegesellschaft aufgekauften Getreidemengen wird niedriger. Eine auf solche Art erzielte Senkung des durchschnittlichen Getreidepreises würde nicht nur dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes entsprechen und mit einem Schlag die Ursache für die derzeitigen untragbaren Erzeugungsbedingungen für die Brotbäckerei beseitigen, sondern ebenso die Voraussetzungen für eine Verbilligung von Mehl und Brot und damit für eine Steigerung des Verbrauchs schaffen.“

Diese im Interesse der Verbraucher erhobene Forderung muß mit Nachdruck vertreten werden. Sie darf bei der Entscheidung über die Verlängerung des Getreidemonopols keinesfalls unberücksichtigt bleiben.

Der Rückgang der Devisenbestände

Die Devisenbestände der Nationalbank weisen seit Monaten einen fortwährenden Rückgang auf. Ende März waren sie bis auf 48,8 Millionen K£ zurückgegangen. Ende März des vorigen Jahres erreichte der Devisenbestand die Höhe von 291 Millionen Kronen, um bis auf 325 Millionen Kronen im Juni des gleichen Jahres anzuwachsen. Im Juli 1935 setzte dann der Rückgang ein. Der niedrigste Devisenstand, den die Nationalbank bisher ausgewiesen hat, betrug 13 Millionen K£. Das war im Juni 1934, noch einige Monate bevor die Konstriktion der ausländischen Wertpapiere durchgeführt wurde.

Diese neuerliche starke Abnahme wird mit umfangreichen Rohstoffbedürfnissen erklärt, zu denen die tschechoslowakische Industrie in den letzten Monaten übergegangen ist. Inwiefern ist dabei zu berücksichtigen, daß die tschechoslowakische Außenhandelsbilanz im Jahre 1935 mit einem erheblichen Aktivum abgeschlossen hat und daß sich auch in den ersten zwei Monaten 1936 ein Ausfuhrüberschuß ergab. Da inzwischen auch die Bezahlung der Exportaufträge in Kronen erschwert worden ist, müßte der Schwund der Devisenbestände eigentlich zum Stillstand kommen.

